

Nur eine flexiblere Organisation der Schule und ein ordnendes Allgemeinwissen können den gegenwärtigen Anforderungen gerecht werden

## Bildungspolitik in Zeiten des Wandels

Matthias Rößler

Am Beginn des neuen Jahrhunderts ist Bildung wieder ein Thema wie schon lange nicht mehr. Die Ansprüche, die in diesen Tagen an bildungspolitische Konzeptionen gestellt werden, sind allerdings sehr hoch. Denn wer an einem solchen Scheitelpunkt menschlicher Zeitrechnung vorgibt, bildungspolitische Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen, von dem erwartet man gemeinhin nicht nur Leitlinien für die nächsten fünf bis zehn Jahre.

Gerade die gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts hat dazu beigetragen, dass die bildungspolitischen Perspektiven, die wir uns heute vorstellen können, eine realistischere Zukunftserwartung enthalten, als dies zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts möglich war.

Die Gründe dafür sind offensichtlich: Bildungspolitik am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts musste von ungleich dauerhafteren und stabileren gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungslinien ausgehen, als dies heute möglich ist und als dies wohl auch in Zukunft je wieder denkbar sein wird. Bildungspolitik heute zu konzipieren heißt deshalb, zwangsläufig von

der Flexibilität der Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft und von den Unsicherheiten eines dauerhaften Wandels der Anforderungen an die Menschen auszugehen. Diese Ausgangssituation scheint auf den ersten Blick schwieriger beherrschbar zu sein, da damit nicht wenige unbekanntere Variablen in Rechnung gestellt werden müssen. In dieser Unsicherheit liegt aber gerade auch ein wesentliches Entwicklungspotenzial, insbesondere des schulischen Bildungssystems, das eine neue Qualität von Zukunftssicherheit ermöglicht, wenn man sich auf die Spielregeln flexibler Systeme einlässt.

Der Anspruch an eine Bildungspolitik, die von hochgradig flexiblen Voraussetzungen ausgeht, konkurriert allerdings mit den heute üblichen Rahmenbedingungen politischer Entscheidungen. Diese auf Wahlzyklen beruhenden Rahmenbedingungen verursachen einen Handlungsdruck, der relativ kurzfristige Ergebnisorientierungen und entsprechendes politisches Eingreifen fördert. An dieser Bedingung krankt leider auch vielfach nicht nur die bildungspolitische, sondern auch die aktuelle allgemeine politische Diskussion.

In der aktuellen Diskussion über Bildungspolitik dominieren punktuelle Ansätze. Ein geschlossenes Bild, das komplexe Perspektiven erkennen ließe, ist schwer vermittelbar. Von Monat zu Monat werden ausgewählte Einzelthemen durch die Medienlandschaft getragen. Doch damit kann freilich dem Anspruch der Gesellschaft auf eine an den Anforderungen der Zukunft orientierte Bildung kaum Genüge getan werden.

---

### **Bildung als staatlicher Auftrag**

---

Das staatliche Schulwesen resultiert aus dem gesellschaftlichen Auftrag, die Bildung und Erziehung der jungen Generation zu gewährleisten und damit den Fortbestand des Gemeinwesens zu sichern. Nichts macht vor diesem Hintergrund die besonderen Herausforderungen der aktuellen Situation so offensichtlich wie ein Blick auf die gewaltigen Veränderungen der Gesellschaft im Verlauf der letzten Jahrzehnte:

An erster Stelle ist der Wandel der verbindlichen Normen und Werte zu nennen, die das Handeln des Einzelnen und seine Identitätsbildung in der Gesellschaft prägen sollen. Nicht nur die Vorstellungen davon, was richtig und im Umgang mit anderen Menschen angemessen ist, haben sich geändert, sondern vor allem auch die Bedeutung jener Einrichtungen, die der heranwachsenden Generation diese Vorstellungen glaubhaft vermitteln können. Der Verlust des Einflusses von Institutionen wie Kirche und Familie ist nur ein, aber ein zentraler Faktor. Während der letzten Jahrzehnte hat sich zudem gezeigt, dass die Bereitschaft der Bürger, sich in verschiedenen Vereinigungen zu organisieren, zurückgegangen ist. So haben zum Beispiel die Gewerkschaften stark an Mitgliedern verloren und auch bei den beiden großen christlichen Kirchen war ein

entsprechender Trend zu verzeichnen. Zugleich zeigen insbesondere Ergebnisse der Erforschung des Wahlverhaltens, dass Mitglieder von Berufsgruppen und sozialen Schichten immer schwieriger im Hinblick auf ihre Meinungen und politischen Präferenzen festzulegen sind.

Diese Erkenntnisse zusammengenommen sind zwar keine Beweise, aber immerhin starke Indizien für die zunehmende Individualisierung einer Gesellschaft, in der der Einzelne immer mehr Selbstständigkeit und Handlungsfreiheit für sich in Anspruch nimmt. Der Einzelne scheint sich zunehmend einer Vereinnahmung durch Organisationen zu verweigern. Für politische Meinungsbildung – insbesondere auch in Bildungsfragen – heißt dies zwangsläufig, dass die Herstellung eines Meinungsbildes über organisierte Interessenvertreter allein nicht mehr zwangsläufig funktioniert.

---

### **Internationaler Konkurrenzdruck**

---

Ein weiteres Merkmal unserer Gesellschaft ist die zunehmende internationale Verflechtung, die in einem Bewusstsein verschärften internationalen Konkurrenzdenkens ihren Niederschlag findet. Dies ist nichts Neues für Wirtschafts- und Sozialsysteme, wohl aber für einen bislang von umfassenden internationalen Vergleichen weitgehend verschonten schulischen Bildungssektor. Auf die Auswirkungen des jüngsten großen internationalen Schülerleistungsvergleichs „Third International Mathematics and Science Study“ (TIMSS) sei nur am Rande verwiesen.

Der tief greifende und in einer enormen Geschwindigkeit sich vollziehende Wandel war ein Wesensmerkmal der Entwicklung der Lebensbedingungen in den letzten Jahrzehnten in Deutschland. Die weit gehende

Auflösung hergebrachter Familienstrukturen, die technischen Möglichkeiten der Mobilität und Kommunikation, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sind nur einige ausgewählte Beispiele. Die Entwicklungen waren in vielen Bereichen so einschneidend, dass sie vielfach durch Begriffe wie „unvorhersehbar“ oder „undenkbar“ charakterisiert worden sind. So war es für einen Sachbearbeiter einer Verwaltungsbehörde in den sechziger Jahren, der soeben ein endgezeichnetes Schreiben in den Postausgangskorb gelegt hatte, undenkbar, innerhalb der nächsten zehn Minuten darauf bereits ein Antwortschreiben im Posteingangskorb zu haben. Heute liegt dies mit Hilfe von E-Mail im Bereich der bereits wie selbstverständlich praktizierten Möglichkeiten. Vor diesem Hintergrund wird heute vielfach eine Grundhaltung propagiert, die den ständigen Wandel und die mangelnde Vorhersehbarkeit konkreter Entwicklungen als feste Wesensmerkmale der modernen Gesellschaft zu verstehen sucht. Mit Blick auf die weitere Zukunft kann insofern einzig die „Unsicherheit“ noch als weitgehend gesichert gelten.

Bildungspolitik, die unter diesen Rahmenbedingungen erfolgreich sein will, wird in langfristig angelegten Konzepten wesentliche Elemente des Bildungs- und Erziehungsprozesses sowie seine Organisation neu zu gestalten haben.

---

### **Erziehung im Pluralismus**

---

Die Erwartungen an Schule als Erziehungsinstanz gehen heute viel weiter, als es die Realität erlaubt. Das hat unlängst die Diskussion über Gewalt an Schulen wieder gezeigt. Die Schule hat zwar einen Erziehungsauftrag, aber sie hat kein Erziehungsmonopol. Letzteres kann sie umso weniger haben, als

wir in Deutschland auf umfassende Erfahrungen mit dem praktizierten monopolistischen Erziehungsanspruch zweier Diktaturen auf deutschem Boden innerhalb eines Jahrhunderts zurückblicken können.

Der schulische Erziehungsauftrag ist ohne Demokratieverständnis nicht denkbar, das in der Schule auch gelebt werden muss. Demokratie in der Schule genügt aber nicht dem Einbahnstraßen-Prinzip, das den Schülern lediglich Rechte verschafft – Demokratie verpflichtet zugleich zur aktiven und verantwortungsvollen Mitgestaltung von Schule.

---

### **Ethisches Vakuum**

---

Dass sich die Schule an der Erziehung beteiligen muss, wird durch Ergebnisse der jüngsten Jugendstudie verdeutlicht, die 1999 in Sachsen als repräsentative Befragung durchgeführt worden ist. Trotz der hohen Lebenszufriedenheit, die 69 Prozent der Jugendlichen geäußert haben, gab es unter anderem folgendes Ergebnis: Zu der Annahme „Wenn man versucht, sein Leben nach ethisch-moralischen Grundsätzen zu leben“ meinten 44 Prozent der Jugendlichen „dass man damit nicht weit kommt“ und nur zehn Prozent insgesamt waren davon überzeugt, dass diese Werte nützlich sind. Bei den erforderlichen Bemühungen, entsprechende Grundsätze auch zukünftig zu vermitteln, kann Schule zweifellos einen wichtigen Beitrag erbringen.

Zugleich ist die Gefahr groß, dass die Schule bei dieser Aufgabe überfordert wird, weil ihr Lasten übertragen werden, die ursprünglich zunächst von der Familie getragen worden sind. Die hier stattfindende Entwicklung ist dabei nicht von der Hand zu weisen: Vor hundert Jahren betrug die durchschnittliche Personenzahl in ei-

nem deutschen Haushalt 5,5 Personen. Heute sind es gerade noch 2,2. Ein- und Zwei-Personen-Haushalte dominieren gegenwärtig in Deutschland mit jeweils 34 Prozent. Das heißt zwangsläufig, dass die Möglichkeiten, Normen- und Wertestrukturen, soziales Zusammenleben, sachliche Konflikt- und Kompromissfähigkeit in der Familie zu lernen und zu erproben, durch kleinere Familien und den Drang zum frühen Verlassen der Familie erheblich abgenommen haben. Andere Einflussfaktoren wie etwa die Medien dringen zunehmend in dieses Vakuum ein.

---

### **Leistung als demokratisches Prinzip**

---

Besonders auffällig ist, dass in der nicht selten ideologiegeprägten Erziehungsdebatte versucht wird, einen Widerspruch zwischen Leistungsanspruch und Erziehungsbemühungen der Schule herzustellen. Gezielt wird mitunter versucht, Leistung mit „Druck“, „Stress“, „Angst“, „sozialer Kälte“, „Zwang“, „Untertanengeist“ und „Selektion“ gleichzusetzen. Diese Überlegungen gehen zurück bis auf die Auseinandersetzungen der Jahre nach 1968, als sich mancher der These anschloss, Leistung sei abzulehnen, weil Leistung mit Zwang zu tun habe und Zwang generell zu verneinen sei. Das Leistungsprinzip geriet damals in den Ruf „systemstabilisierend und kapitalistisch“ zu sein.

Mit diesen Vorwürfen wird man jedoch dem Leistungsanspruch einer modernen Schule keineswegs gerecht. Das Leistungsprinzip hat sich nicht erst in den letzten Jahren als Motor und Ergebnis freier Persönlichkeitsentfaltung erwiesen. Leistungsfeindlichkeit muss deshalb als Ablehnung des Grundrechts der freien Persönlichkeitsentfaltung und des Rechts auf Streben nach

Glück und Erfolg demaskiert werden. Das Leistungsprinzip ist in seinem Kern ein demokratisches Grundprinzip, weil es die persönliche Stellung in der Gesellschaft löst von Merkmalen der Abstammung oder Gesinnung und einzig abhängig macht vom Beitrag, den der Einzelne für das Gedeihen der Gemeinschaft erbringt. Geburtsadel, Zugehörigkeit zur monopolparteilichen Funktionärskaste, Gesinnung oder die Briefftasche der Eltern sind Kriterien für die Stellung und das Ansehen in unfreien Gesellschaften. In einer freien Gesellschaft kann dies nur die Leistung sein. Gerade in einer Gesellschaft wie der deutschen, in der das durchschnittliche Alter der Bevölkerung in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat, werden Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der jungen Generation zur wichtigsten Ressource.

Eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebene Studie zur Wissensgesellschaft, deren Ergebnisse seit 1998 öffentlich vorliegen, hat die wesentlichen Auswirkungen des zunehmenden Wissens auf Bildungsprozesse und Bildungsstrukturen dargestellt.

Die Untersuchung mündet im Wesentlichen in der Feststellung, dass sich Wissen als Produktivkraft in einem rasanten Tempo weiter entwickeln wird. Insbesondere die Entwicklung von Spezialwissen wird dabei in den unterschiedlichen Disziplinen zu immer detaillierteren und spezielleren Wissensbeständen führen. Das für die Zukunft alles entscheidende Problem wird in der Vernetzung und im Management dieser Wissensbestände bestehen. Bei dieser Vernetzung von Wissen wird dem Allgemeinwissen eine zentrale Funktion zugeschrieben. Die Förderung dieses Allgemeinwissens wird daher auch für die Schule der Zu-

kunft eine wesentliche Herausforderung sein.

Diese Erkenntnisse scheinen auf den ersten Blick im Widerspruch zu der unlängst von Dietrich Schwanitz ausgelösten Diskussion über den Bildungskanon zu stehen. Genau betrachtet ergänzen sich beide Diskussionen aber vorzüglich. Denn während Schwanitz eine europäische Bildungsidee propagiert und verbindliche Wissensbestandteile fordert, verweist die Studie zur Wissensgesellschaft unter „Allgemeinwissen“ auf umfassende persönliche und kommunikative Fähigkeiten sowie Kompetenzen, ohne die fachliches Wissen kaum praktische Relevanz erlangt.

Die Vorstellung von der Schule als abgeschirmter „Lehranstalt“ ist schon lange überholt. Eine Schule in der modernen Gesellschaft kann ihren Auftrag nur erfüllen, wenn sie ihrem Umfeld offen begegnet und die an sie grenzenden Bereiche – sofern dies pädagogisch zielführend ist – in die schulische Gestaltung mit einbezieht. Das betrifft in erster Linie die Eltern, aber auch Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft, von Jugendeinrichtungen und Verbänden. Wir haben in Sachsen mit dem Programm „Schuljugendarbeit“, das den Schülern die Möglichkeit bietet, eigene Initiativen außerhalb des Unterrichts in der Schule umzusetzen, gute Erfahrungen gemacht.

Ein offenes Konzept von Schule hat aber auch wirksame innerschulische Dimensionen, indem die gemeinsame Verantwor-

tung von Schulleitung, Lehrern und Schülern für den Unterricht und das, was darüber hinaus an der Schule stattfindet, angesprochen wird. In Sachsen wurde im laufenden Schuljahre ein Pilotprojekt auf freiwilliger Basis gestartet, das den Schülern die Möglichkeit gibt, Unterricht konstruktiv zu beurteilen und dem Lehrer damit Rückmeldungen zu geben.

In einer Umwelt, deren Anforderungen an die Schule sich in einem permanenten Veränderungsprozess befinden, funktionieren herkömmliche Steuerungssysteme nur noch bedingt. Zentrale Steuerungsstrukturen müssen deshalb Kompetenzen zu Gunsten einer notwendigen Handlungsfähigkeit der Schule vor Ort abgeben. Um auf veränderte Anforderungen schnellstmöglich reagieren zu können, benötigt die Einzelschule den Handlungsspielraum, eigenverantwortliche Entscheidungen treffen zu können.

Das setzt auf Seiten der Schulaufsicht wie auch auf Seiten der Einzelschule vielfach noch Lernprozesse voraus. In Sachsen haben wir damit begonnen, dass die Schulaufsicht die Entscheidung über die Gewährung von Anrechnungstunden an den Schulleiter delegiert hat, der nun über einen Anrechnungstunden-Pool nach Lage vor Ort entscheidet. Dies ist ein erster Schritt in einem dringend notwendigen Prozess, an dessen Ende eine Schule stehen soll, die in der Lage ist, sich kontinuierlich selbst weiterzuentwickeln.

### Grausam

„Die Grausamkeit der meisten Menschen ist Fantasielosigkeit und ihre Brutalität Ignoranz.“

Kurt Tucholsky (1890–1935)